

KP Deutschlands.

Um die Zeit des IV Weltkongresses fand in Deutschland die Bewegung der Betriebsräte und Kontrollausschüsse auf dem im November stattfindenden Reichsbetriebsrätekongress zeitweilig einen Höhepunkt. Die Bewegung der Betriebsräte und Kontrollausschüsse war zu dieser Zeit in der Hauptsache eine proletarische Abwehrbewegung gegen die sprunghaft steigende Teuerungswelle und den damit verbundenen masslosen Wucher. Die KPD sieht ihre Aufgabe darin, die Betriebsrätebewegung zu politisieren, ihren Kampf gegen Teuerung und Wucher zu verbinden mit dem Kampf gegen den Steuerraub der Regierung, gegen den Abbau des Achtstundentages, gegen die Bedrohung des Streikrechts usw. Das durch den Reichsbetriebsrätekongress beschlossene Programm für die Arbeiterregierung ist die Plattform für den weiteren Kampf gegen Reaktion und Verelendung und dient der breitesten Verankerung der Betriebsräte und Kontrollausschüsse in den Massen. Die Bewegung findet ihre Zusammenfassung im Reichsausschuss der Betriebsräte.

Infolge einer vorübergehenden Stagnation der Teuerung flutete die Bewegung nach dem Reichsbetriebsrätekongress zunächst zurück, um seit Januar infolge der neueinsetzenden Teuerungswelle, des raschen Vormarsches des Faschismus und der Besetzung des Ruhrgebietes neues Leben zu gewinnen. Neben die Schaffung von Kontrollausschüssen gegen Teuerung und Wucher tritt die Aufgabe der Bildung der proletarischen Abwehrorgane (Hundertschaften) gegen die Angriffe des Faschismus und der Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte zum Kampfe gegen Poincaré und Cuno.

Am Vorabend der Ruhrbesetzung traten die Kommunistischen Parteien Deutschlands, Frankreichs, Englands, Belgiens, Hollands, Italiens und der Tschechoslovakei mit den Vertretern der revolutionären Gewerkschaften zur Essener Konferenz zusammen. Es wurde ein Aktionskomitee der Kommunisten und revolutionären Gewerkschaften Deutschlands und Frankreichs gebildet und eine scharfe agitatorische Kampagne in allen Ländern, vor allem aber unter den Ruhrarbeitern und Besatzungstruppen eingeleitet. Die Essener Konferenz zeigte den arbeitenden Massen mit handgreiflicher Klarheit, dass nur die Kommunistische Internationale imstande ist, aus der Verelendung und imperialistischen Kriegsgefahr einen Ausweg zu zeigen. Die grossen internationalen Meetings, die der Konferenz folgten, waren für die KPD ein bedeutender Erfolg.

Die Ruhrbesetzung stellte die KPD vor komplizierte Aufgaben. Sie musste dem nationalistischen Einheitsrummet der Bourgeoisie, der von der VSPD und den reformistischen Gewerkschaftsführern unterstützt wurde, entgegentreten und gleichzeitig den französischen Imperialismus auf's schärfste bekämpfen. Um dies zu erreichen, gab die Partei die Losung heraus: „Schlagt Poincaré an der Ruhr und Cuno an der Spree!“ Sie musste den Massen klar machen, dass ein erfolgreicher Abwehrkampf gegen den französischen Imperialismus nur möglich ist, wenn die deutsche Arbeiterklasse gleichzeitig die eigene bürgerliche Regierung stürzt und die Arbeiterregierung an ihre Stelle setzt. Demgemäss wandte sich die Partei auf's schärfste gegen jedes Zusammengehen der Arbeiter mit den

Unternehmern, sei es in der „Ruhrhilfe“, sei es in der Protestbewegung gegen die Verhaftung von Bergwerksdirektoren und Regierungsbeamten. Wo die Arbeiterschaft gegenüber den Uebergriffen der französischen Besatzungsbehörde (Militärische Besetzung von Betrieben) in Abwehrstreiks eintrat, ergänzte die KPD den Kampf gegen den französischen Imperialismus durch soziale Kampflosungen gegen die deutschen Unternehmer und die deutsche Regierung. Gleichzeitig mit dem Kampf gegen die Uebergriffe der Besatzungsbehörde organisierte die Partei die revolutionäre Agitation unter den Besatzungstruppen, mit dem Ziele der Verbrüderung der deutschen Arbeiter mit den französischen Soldaten. Gegenüber den Provokationen der Faschisten, die den nationalen Chauvinismus zur Niederwerfung der revolutionären Arbeiter zu entfesseln suchten, wurde die Bildung von Abwehrorganisationen in den Betrieben in den Vordergrund gerückt. Angesichts des Bergarbeiterstreiks im Saargebiet und in Frankreich wurde die Solidaritätsaktion der deutschen Bergarbeiter und Eisenbahner propagiert. Gegenüber der Stundung der Kohlensteuer für die Bergherrn durch die Regierung wurde die Verweigerung des 10^o -igen Steuerabzugs und die Abwälzung der Reparationslasten durch die Sachwerterfassung gefordert.

Es gelang der KPD verhältnismässig leicht, den nationalistischen Einheitsrummel vor den arbeitenden Massen zu entlarven, zumal der Verständigungswille der deutschen Bourgeoisie mit den französischen Imperialisten auf Kosten der deutschen Arbeiter immer deutlicher zutage trat. Um so schwieriger war es, die Massen in einen aktiven Kampf sowohl gegen die deutschen Unternehmer wie gegen die französische Besatzungsbehörde zu bringen. Sowohl die deutsche Bourgeoisie wie die französische Generalität versuchten, die Arbeitermassen für ihre Zwecke einzufangen, die deutschen Unternehmer durch Lohnerhöhungen, Preisverbilligung, Arbeitslosenunterstützung, die französische Generalität durch weitgehende Schonung der Arbeiter, mit Ausnahme der Eisenbahner, und die Erklärung, dass ihr Kampf nicht den deutschen Arbeitern gelte. Die KPD sah sich deshalb einer starken Welle der Passivität gegenüber, die teilweise bis in die Organisationen der Partei eindrang.

Unter Führung der KPD ergriffen im März die revolutionären Betriebsräte im Ruhrrevier die Initiative zur Einberufung einer zweiten internationalen Konferenz mit dem Ziele, konkrete Massnahmen zu beraten im gemeinsamen Kampf aller revolutionären Organisationen gegen den französischen Imperialismus, den internationalen Faschismus und die Bourgeoisierregierung der einzelnen Länder. Die Frankfurter Konferenz, zu der vom Präsidium des EKKI ausführlich Stellung genommen wurde, bedeutet einen wichtigen Schritt vorwärts auf dem Wege der proletarischen Einheitsfront und vor allem der praktischen Zusammenarbeit der Kommunistischen Parteien und revolutionären Gewerkschaften Deutschlands und Frankreichs.

In Sachsen wurde die Lipinski-Regierung Ende Januar von der KPD gestürzt. Nach einer achtwöchigen Regierungskrise wurde eine neue Linksozialdemokratische Regierung gebildet, die von der KPD unterstützt wird. Die KPD hatte während der Regierungskrise eine scharfe Kampagne für Bildung der Arbeiterregierung geführt. Ihrer planmässigen Anwendung der Taktik der Einheitsfront ist es gelungen, die sozial-

demokratischen Arbeitermassen in Sachsen in immer schärfere Opposition zu ihrer Parteiführung zu bringen. Die SPD-Massen forderten kategorisch anstelle der Koalition mit dem Bürgertum die Koalition mit der KPD. Unter ihrem Druck beschloss der Landesparteitag der sächsischen SPD die Ablehnung einer Koalitionsregierung mit dem Bürgertum, Einsetzung einer Siebener-Kommission und Verhandlungen mit der KPD. Die neue linkssozialdemokratische Regierung verpflichtete sich zur Bildung proletarischer Selbstschutzorganisationen, zur Anerkennung der proletarischen Kontrollausschüsse, zu einer weitgehenden Amnestie und zur Schaffung einer Arbeitskammer. Da die Einberufung eines Betriebsrätekongresses, dem die Regierung verantwortlich sein solle, abgelehnt wurde und die Massenbewegung weder in Sachsen noch im Reiche stark genug war, um diese Forderung durchzudrücken, kam ein Eintritt der Kommunisten in die Regierung nicht in Betracht. Aufgabe der Kommunistischen Partei ist es jetzt, den Kampf um die Arbeiterregierung im Reiche vorwärts zu treiben, die breiten Massen der SPD gegen die Sabotage der Vereinbarungen durch ihre Führer zu mobilisieren und die Verteidigung der proletarischen Hundertschaften und Kontrollausschüsse gegen jeden Versuch ihrer Unterdrückung im Reichsmaßstabe zu organisieren.

Die proletarische Selbstschutzbewegung hat ihre stärksten Positionen in Sachsen und Thüringen. Sie ist heute eine ausgesprochene Massenbewegung, die selbst die Führer der VSPD zuweilen zwingt, sich für den Selbstschutz zu erklären. Sie versuchen, den Sinn der proletarischen Hundertschaften dadurch zu fälschen, dass sie ihre Mitglieder auffordern, besondere sozialdemokratische Hundertschaften zu bilden. Die KPD fordert demgegenüber die Bildung der Hundertschaften auf der Grundlage der Betriebe und der gewerkschaftlichen Organisationen. In den meisten Fällen bilden die SPD-Arbeiter ohne Rücksicht auf die Weisung ihrer Führer gemeinsame Hundertschaften mit den Kommunisten. Die Regierung bereitet das Verbot der proletarischen Abwehrorganisationen vor, was für die KPD einen neuen Kampfabschnitt bedeutet.

Die seit dem III. Weltkongress in der KPD sich herausbildenden taktischen Gegensätze in der Partei erreichten infolge der Vorgänge im Ruhrrevier und in Sachsen eine bisher unerhörte Heftigkeit. Schon auf dem Leipziger Parteitag Ende Januar stehen sich Mehrheit und Minderheit in fast fraktionsmässiger Geschlossenheit gegenüber. Die Minderheit wirft der Zentrale vor: Revision der kommunistischen Staatstheorie, Liquidierung der Kommunistischen Partei. In der Frage des Ruhrkampfes fordert sie die Herausgabe der Losung der Besetzung der Betriebe durch die Arbeiter und der Bildung von proletarischen Ortswehren dort, wo die Schupo von den Franzosen entwaffnet wird. In der sächsischen Frage kritisiert sie auf's schärfste die Vereinbarungen mit der linken Sozialdemokratie und die daraus resultierende Unterstützung der linkssozialdemokratischen Regierung, mit der Begründung, dass die KPD dadurch die Zersetzung in der SPD aufhalte und die demokratischen Illusionen in der Arbeiterschaft stärke. Sie sieht in der Bildung einer sozialdemokratisch-bürgerlichen Koalitions-Regierung in Sachsen das kleinere Uebel.

Der taktische Meinungsstreit in der Partei droht im März zum offenen Parteikonflikt zu werden, nachdem die Linke Opposition auf dem Bezirksparteitag in Essen mitten im Brennpunkt der Aktion die Forderung der Betriebsbesetzung und der Ortswehren im Ruhrrevier erneut als Aufgabe der Stunde aufgestellt hatte. Ein offener Parteikonflikt hätte in diesem Moment die Rettung der in der Zersetzung befindenden Sozialdemokratie bedeutet und eine starke Lähmung der erfolgreich wachsenden Betriebsräte- und Hundertschaftenbewegung. Um die Einheit der Partei in der Aktion zu sichern, berief die Zentrale Anfang April eine Verständigungskonferenz mit den oppositionellen Bezirken und Gruppen ein, der es gelang, eine gemeinsame Plattform für die geschlossene Aktion der Partei zu finden. Die Exekutive hat nachher die Vertreter der Mehrheit und Minderheit zu einer Beratung nach Moskau berufen und nach ausführlichen Besprechungen eine vollkommene Aufklärung der taktischen Differenzen ermöglicht.

KP Frankreichs.

I. Innere Aktivität der Partei.

a) Einfluss der Resolutionen des 4. Weltkongresses.

In der Sitzung vom 16 Dezember erhält der Paragraph der Tagesordnung betreffs der Verpflichtung, die Resolutionen des 4. Kongresses durchzuführen, 15 von 19 Stimmen. Vier Genossen—Morizet, Cordon, Ledoux, Soutif—stimmen mit Vorbehalt. Die in der Parteipresse veröffentlichten Resolutionen hatten eine Protestbewegung zur Folge, die im Loiregebiet von Ferdinand Faure und Lafont geführt, in Paris dagegen in den zentralen Organen durch die Freunde Frossards unterstützt wurde. Soutif und Nadi—die Deputierten von Drome,—wurden wegen politischer Fehler aus der Partei ausgeschlossen. Am 2. Januar legte Frossard sein Amt nieder, nachdem er im Zentralkomitee sich den Resolutionen des 4. Kongresses unterworfen hatte. Sogleich nach der Verabschiedung einiger Genossen aus der Redaktion der «Humanité» erschien ein gegen die Beschlüsse des 4. Weltkongresses gerichteter Rebellionsartikel, der von Torrès, Méric, Cassier, Pioch u. a. unterzeichnet war. Am 10. Januar wird das Schutzkomitee in ein «Komitee der Kommunistischen Einheit» umgewandelt, und am 17. wird es zu einer Partei der kommunistischen Unitarier. Frossard übernimmt die Leitung dieser Partei und verbindet sich mit den Anarcho-Syndikalisten des syndikalistischen Schutzkomitees. Sie geben ein Wochenblatt, die «Égalité», heraus.

b) Innere Tätigkeit des neuen Zentralkomitees.

Es bemüht sich, die Abtrünnigen zu ersetzen. Louis Sellier übernimmt gemeinsam mit Treint das Hauptsekretariat. Nach der Verhaftung von Treint wird Tommasi sein Nachfolger.